



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wütschke: Oberschlesische, elsaßlothringische und saarländische
Grenzfragen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vertrag begonnen. Frankreich sucht also den durch den Erfolg in Oberschlesien erreichten Vorsprung umgehend auszunutzen, und es fragt sich, inwiefern Frankreich einen deutsch-polnischen Wirtschaftsausgleich begünstigen würde. Angesichts seiner Reparationsforderungen müßte Paris eigentlich bemüht sein, die vernichtende Beeinträchtigung des deutschen Wirtschaftslebens durch den Raub in Oberschlesien möglichst zu verhindern. Wie aber die Ausbrüche der französischen Presse über den in erster Linie durch die maßlosen Entschädigungsansprüche der Entente hervorgerufenen Sturz der Mark zeigen, ist ein deutscher Bankrott Frankreich vielleicht nicht unerwünscht, das so den direkten Zugriff auf die Deutschland noch verbliebenen Werte erhofft, ein Gesichtspunkt, dem Briand neulich Ausdruck verliehen hat. Bedenklich stimmen auch die Wühlereien der Polen gegen Rußland, denen sich neuerdings offenbar auch ein weiterer Schützling von Paris, Rumänien, angeschlossen hat. Hier könnten sich neue Abenteuer vorbereiten, die den Franzosen im Augenblick passen, weil diese Konflikte brauchen, um in Washington die Unentbehrlichkeit ihres Heeres als Polizeimacht für Europa zu begründen.

Große Wirkungen könnten von den deutsch-polnischen Verhandlungen ausgehen. Deutscherseits ist der beste Wille vorhanden, das möglichst zu erreichen, und hier wie bei den Beratungen der ständigen deutsch-polnischen Kommission auf dem Boden ruhiger Sachlichkeit zu verharren. Viel hängt von der Persönlichkeit des Vorsitzenden ab. Würde nicht ein wahrhaft Neutraler, sondern ein Werkzeug der Franzosen, etwa ein Tscheche oder ein Schweizer Ritter der Ehrenlegion wie Gusslave Udor zum Präsidenten bestellt, so wäre von vornherein eine zurückhaltende Beurteilung des Resultates gegeben. Das letzte Wort liegt aber bei den Polen, die hier an einem praktischen Beispiel zeigen können, ob sie wirklich imstande sind, eine selbständige, Polens wahren Interessen entsprechende Politik wirtschaftlicher Verständigung zu betreiben, oder ob sie sich damit begnügen wollen, die Schrittmacher des französischen Ausdehnungsdranges zu bleiben.



Oberschlesische, elsass-lothringische und saarländische Grenzfragen

Von Dr. Wütschke, Dessau



edes Staatswesen ist die Verkörperung eines politischen Grundgedankens, der einzig und allein aus einem einheitlichen Staatswillen zu entspringen vermag. Jeder Gemeinwille eines Volkes aber drängt zur Belätigung. Geschieht das, so muß der Staat sich bewußt gegen die von außen andringenden und angreifenden Gewalten, die diesen Staatswillen einzuengen versuchen, wenden, d. h. der Staatswillen wird zum Machtwillen.

Man hat sich gewöhnt, dieses Machtsstreben aus dem engen Bereich des geographischen und völkischen Staatsraumes heraus, also seine weltwirt-

schaffliche und weltpolitische Zielrichtung, als Imperialismus zu bezeichnen.

Die Formen solchen Machtbegehrens sind verschieden. Sie werden von einer ganzen Reihe von Bedingungen abhängig sein, unter denen zunächst die Wirkung des vom Staat jeweils eingenommenen politischen Raumes sehr bedeutsam hervortritt. Es wird wesentlich sein, ob dem politischen Staatsraum die Möglichkeit gegeben ist, sich in natürliche, durch Aufbau, Gliederung von Land und Wasser, durch die Bewässerung und Pflanzenbedeckung bedingte Räume auszuweiten, oder ob er durch die Natur auf einen engeren Raum beschränkt wird. Die Möglichkeit der Einpassung des politischen Staatsraumes in einen geographisch fest umrissenen Lebensraum oder die des allmählichen Hineinwachsens des politischen Staatsraumes in einen natürlichen Raum gibt dem Staat einen wesentlichen Vorzug seiner Machtstellung.

Deutschland ist nun nicht in der glücklichen Lage gewesen, im Laufe seiner Geschichte eine solche Einpassung in einen natürlichen Raum zu erreichen, weil ein solcher scharf begrenzter Raum in Mitteleuropa überhaupt nicht vorhanden ist. Wohl ist die Grenze durch die natürlichen Umsäumungen der deutschen Meere und des Alpenwalles im Norden und Süden im wesentlichen festgelegt und damit die meridionale Einpassung in einen natürlichen Raum im ganzen erreicht, nicht aber nach Osten und Westen. Hier fehlt jede scharfe Begrenzung des natürlichen Raumes nach Frankreich und nach Polen zu. Wenn auch hier Grenzmarken als Sperrlandschaften hemmend wirken konnten, wie das Gebiet der Hochflächen in Masuren, um Neke, Warthe und mittlerer Oder im Osten oder wie die westlichen Hochflächen um Saar und Mosel und die der Eifel- und Ardennen, so können sie doch dauernd niemals dem Auswirken räumlichen Machtbegehrens so hinderlich sein, wie etwa die Meere oder der Alpenwall. Diese Grenzlandschaften werden also stets umstrittener Machtbesitz der angrenzenden Staatsräume sein müssen. Polens Begehren wird stets vom Weichselgebiet auf das Obergebiet gerichtet sein, Frankreichs Machtbegehren stets über die Saarlandschaften hinaus nach dem Rheingebiet, während umgekehrt die politische Sicherheit Deutschlands es als klug erscheinen läßt, die Sperrlandschaften innerhalb der Staatsgrenzen zu besitzen und diese über sie hinauszuschieben. Der schnelle Vormarsch 1914 durch Belgien nach Nordostfrankreich hinein entsprach durchaus diesen geographischen Gegebenheiten. Sie bedingen also in der Geschichte der drei Staaten den dauernden Kampf um die Grenze, und die gegenseitige „Erbfeindschaft“ gründet sich letzten Endes auf diese durch keinen Machtwillen zu beseitigenden natürlichen Gegebenheiten des Raumes und wird daher solange bestehen, wie die Völker in festem Nationalgefühl staatliche Selbständigkeit sich bewahren oder, wenn sie sie wie Polen vorübergehend verloren haben, doch begehren.

Aber das Machtbegehren eines Staates wird nicht nur getragen von der in der Raummasse ruhenden Kraft, sondern es bedarf auch der wirtschaftlichen Kräfte. Erst damit entwickelt sich der politische Staatskörper zu einem wirtschaftspolitischen Körper.

Es ist natürlich, daß einem Staat, der wirtschaftlich gefestigt ist oder eine wirtschaftliche Machtstellung erstrebt, vor allem grenznahe Rohstoffgebiete begehrenswert erscheinen. Dabei werden in erster Linie Bergbauerzeugnisse in Frage

kommen, weniger Werte der Tier- und Pflanzenwelt, weil zwei Nachbarstaaten im allgemeinen — wenigstens bei europäischen Raumverhältnissen — unter gleichen klimatischen Bedingungen leben, während der geologische Bau und die Bodenzusammensetzung sehr verschieden sein können. Handelt es sich um Roh- oder Kraftstoffe, die dem eigenen Lande ermangeln oder die doch nur in mäßiger Menge vorhanden sind, so werden solche Gebiete stets Begehrlichkeit wecken und dauernde Reibungsflächen im Grenzsaume schaffen. Entscheidend für den Besitz wird die jeweilige politische und militärische Stärke der beiden Bewerber des strittigen Gebietes sein.

Es ist nun ein Mißgeschick der geographischen Lage Deutschlands, welches seinem andern Großstaat eigen ist, daß gerade zwei der wichtigsten Bergbaugebiete, die für die Entwicklung der europäischen Industrie von der größten Bedeutung sind und noch lange sein werden, in jenen beiden angedeuteten breiten Grenzsäumen der Sperrlandschaften liegen und zur Zeit ihrer Erschließung weder einem einheitlichen politischen noch einem einheitlichen völkischen Raum angehörten. Die oberchlesischen Kohlen-, Bleierz- und Zinkergallager lagen, als bereits Ende des achtzehnten Jahrhunderts schwache Versuche der Steinkohlenausnutzung gemacht wurden, im deutsch-habsburgischen und polnischen, später im preussischen und russischen Staatsgebiet, und die Grenze zwischen der überwiegend deutschen und überwiegend polnischen Bevölkerung lief quer über sie hinweg. Die lothringischen Eisenlager gehörten, als ihre planmäßige Ausbeutung im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts begann, zu vier Staatsgebieten, zu Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg, und die deutsch-französische Volkscheide durchschneidet ihr Gebiet. Das Saar-Kohlenbecken endlich liegt, zwar von rein deutscher Bevölkerung bewohnt, seit seiner Erschließung doch so hart an der deutsch-französischen Staatsgrenze, daß die gleichen wirtschaftspolitischen Verhältnisse wie für die andern zutreffen. Da rechtlich die Ausbeute der Schätze nur dem Besitzerstaat zukommt, so bestand seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als die Industrie bestimmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung der Kulturstaaten zu gewinnen begann, die erhöhte Gefahr starker politischer Reibungsflächen in jenen wirtschaftlich überaus wertvollen und das Leben der Staaten miterhaltenden Bergbaugebieten. Deutsche Schwäche und Bedrängnis ließ die Begehrlichkeit der Nachbarn nach ihnen wachsen, während umgekehrt diejenigen Teile der Roh- und Kraftstoffe, die im fremden Nachbarstaat ruhten, dem deutschen Begehren ausgesetzt waren. Es machte sich also beiderseits der Drang nach der wirtschaftlichen Beherrschung des ganzen geschlossenen Bergbaugebietes geltend.

Wenn im deutschen Südosten der Streit um das oberchlesische Bergbaugebiet mit dem deutschen Zusammenbruch entbrannte und die polnische Begehrlichkeit den Besitz auch des österreichischen und deutschen Teiles erstrebte, so ist das aus dem oben angedeuteten, auf den natürlichen Gegebenheiten beruhenden Machtbegehren verständlich. Wenn nun aber die Grenzlinie so gezogen ist, daß sie mitten durch das Gebiet, ohne jede Rücksicht auf seine siebenhundertjährige deutsche Geschichte und auf den in der Abstimmung befundeten Volkswillen verläuft, und polnischer Begehrlichkeit nachgegeben wurde, so bedeutet das eine unbegreifliche Verständnislosigkeit für weltwirtschaftliche und weltpolitische

Notwendigkeiten seitens der Entente. Das wirtschaftlich unfähige Polen wird niemals mit dem neuen Besitz weltwirtschaftliche Werte schaffen können; aber das ohne weltwirtschaftliche Verknüpfung nicht lebensfähige Deutschland wird niemals diese seiner Wirtschaft unbedingt notwendigen Lebensgebiete auf die Dauer entbehren können. So ergibt sich hier eine neue politische Reibungsfläche, die, lediglich auf Grund der deutschen Niederlage neu geschaffen, um so schneller den Kampf um den Grenzsaum heraufbeschwören wird, je schneller die wirtschaftliche Unfähigkeit Polen in den Abgrund stürzt und je stärker der nun einmal dem Deutschtum innewohnende Wille zu wirtschaftlichem Aufstieg sich freimachen kann. Politische Machtprüche und militärische Gewaltherrschaft, mit denen Frankreich einen Dauerzustand schaffen will, werden niemals die Wirkung der natürlichen Kräfte der Staaten und Völker unterdrücken können.

Mit dem Verlust Westpreußens, Posen und des größten Teiles Oberschlesiens ist Deutschlands politische Ostgrenze aus seinem einstigen Kolonisationsgebiet soweit wieder ins deutsche Kernland zurückgerückt worden, daß sie nicht einmal den sogenannten „politischen Grenzsaum“ mehr erreicht, das heißt, „das Gebiet gegenseitiger Durchkreuzung der von den Staaten ausgehenden Einflüsse“. Polen hat auf Grund des „gerechten und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragenden“ Gewaltanspruches an seiner Westgrenze, von Danzig bis Rattowitz, einen so starken deutschen Kulturstreifen im eigenen Staatskörper, daß in der Tat im Zuge der neuen deutschen Ostgrenzenlinie von keiner solchen wechselseitigen, staatlichen und kulturellen Befruchtung mehr die Rede sein kann, weil nun beiderseits der politischen Grenzlinie, wenn auch auf polnischem Boden nur kümmerlich, deutsches Wesen und deutsche Kultur herrschen. Dazu kommt, daß bei diesem abgetrennten Deutschtum, der deutschen „Ostirredenta“, die Sehnsucht nach Erlösung und Wiedervereinigung mit dem Reichstamm besonders stark werden wird, wenn die Erkenntnis wächst, daß das deutsche Volkselement in Westpolen, ganz besonders im großgewerblichen Oberschlesien, weit mehr der ideelle und materielle Güter spendende als Werte empfangende Teil der Bevölkerung sein wird. Diese unvermeidliche politische Wirkung wird einen Zustand schaffen, der weder für die gleichmäßige innerdeutsche Entwicklung, noch viel weniger aber für eine stetige und ruhige politische Entwicklung Mitteleuropas günstig sein wird. Es dürfte keinem Einsichtigen zweifelhaft sein, welcher Zustand für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und für die politische Ruhe Europas der bessere ist: die Zerstückelung einer Kulturnation von fast 70 Millionen, der man wirtschaftlich lebensnotwendige Teile entreißt, oder der künstlich erhaltene Lebensatem einer Nation wie der polnischen, die noch niemals im Laufe ihrer Geschichte den Beweis ihrer kulturellen Sendung und ihrer kulturellen Leistungsfähigkeit, auch nicht in Zeiten politischen Glanzes, gegeben hat.

Hat der mit anderen Mitteln fortgesetzte Krieg zum ersten Male das Oberschlesische Wirtschaftsgebiet als Kampfspreis ausgesetzt, so ist das Lothringische Erzgebiet an der deutschen Westgrenze schon öfter in Kriegsläufen Gegenstand wirtschaftspolitischer Erörterungen und militärischer Auseinandersetzungen geworden. Als Bismarck 1871 dem Deutschen Reich französisch sprechende Landesteile um Metz und Diedenhofen einfügte, geschah es freilich aus rein militärischen Gründen; die im gleichen Gebiet vorkommenden Eisenerze wurden nur nebenbei als Gewinn

angesehen, da man sie damals wegen ihres Phosphorgehaltes noch nicht zu verhütten wußte. Als aber nach Entdeckung des Thomasverfahrens die Ausbeute der sich besonders weit auf luxemburgisches und französisches Gebiet erstreckenden Eisenerzlager erfolgte, stieg ihr wirtschaftlicher Wert vor allem für das eisenhungrige Deutschland gewaltig. Es war ein Glück, daß seit Begründung des Norddeutschen Bundes Luxemburg dem deutschen Zollverband angehörte, so daß seine Erze ohne höhere Kosten in Deutschland mit verhüttet werden konnten. Seit um die letzte Jahrhundertwende die französischen Ausfuhrbeschränkungen für Erz fielen und die deutsche Industrie in steigendem Maße sich Anteil an der Ausbeute der französischen Lager sicherte, hatte sich die Erzausfuhr aus dem französischen Teil um mehr als 20 Prozent ihrer Gesamtförderung gesteigert. Bei dieser außerordentlich hohen Bedeutung der französisch-lothringischen Eisenausfuhr und angesichts des steigenden, nur durch Einfuhr aus anderen Ländern zu befriedigenden Eisenerzbedarfs in Deutschland war es verständlich, wenn man hoffte, nach glücklichem Kriegsende das gesamte lothringisch-luxemburgische Erzbecken dem deutschen Wirtschaftskörper geschlossen eingliedern zu können. Das furchtbare Kriegsende hat nicht uns, sondern dem französischen Wirtschaftsleben diesen Reichtum in den Schoß geworfen. Da Luxemburg aus dem deutschen Zollverbände entlassen werden mußte und Deutsch-Lothringen an Frankreich fiel, hat Deutschland einen Verlust von 74 Prozent seiner Roheisenausbeute zu beklagen, Frankreich aber ist nächst England das wichtigste Eisenproduktionsland Europas geworden.

Das Begehren Frankreichs nach Lothringen und dem Elsaß mit seinen Malilagern entsprang zu allermeist wirtschaftlichen Erwägungen; die „Erlösung“ der 200 000 Franzosen um Mek gegenüber $1\frac{1}{2}$ Millionen Deutschen im übrigen Elsaß-Lothringen ist nur ein gesuchter, leicht erkennbarer Vorwand.

Deutschlands politische Grenzlinie fällt nach der Abtretung Elsaß-Lothringens nunmehr wieder an den Innenrand der Sperrlandschaften und des politischen Grenzsaumes, in dem sich die von den Staaten ausgehenden politischen Einflüsse begegnen und durchdringen, zumal weiter nördlich der Rhein zwar nicht die politische, aber doch die strategische oder militärische, zeitweise auch die wirtschaftliche Grenzlinie geworden ist. Militärische Rücksichten spielten neben dem wirtschaftlichen und dem völkerpsychologischen Moment politischer Eitelkeit und Machtsucht bei der neuen Grenzfestsetzung im Westen die Hauptrolle. Wirtschaftliche Bedenken, die die völlig ungeographische Zerreißung der mittelhheinischen Tiefebene hätten vermeiden lassen müssen, sind ganz unterdrückt worden. Daß die Trennung so lebensnotwendig zusammengehörender Gebiete wie die links- und rechtsrheinischen Lande des Elsaß und Badens in der gegenwärtigen Zeit stärkster Industrie- und Verkehrswirtschaft erheblich schwerer ins Gewicht fällt und weit größere wirtschaftliche Schädigungen schwerster Art mit sich bringt als vor fünfzig Jahren, bedarf keiner näheren Begründung. Die wirtschaftliche Verbindung des Elsaß mit Frankreich wird auch nicht ohne dauernde Beeinträchtigung des elsässischen Wirtschaftslebens erzwungen werden können durch zollpolitische Maßnahmen oder durch die Ausführung neuer Verkehrswege, wie sie von St. Die nach Schlettstadt oder von St. Maurice im oberen Moseltal nach Thann-Mühlhausen vorgesehen sind; ganz abgesehen davon, daß Frankreich als europäische Wirtschaftsmacht trotz des Zuwachses an Eisenerzen und der Saarkohle niemals

das wird leisten können, was Deutschland zu leisten vermocht hat und auch in Zukunft, trotz der grausamen wirtschaftlichen Nöte, in die es Krieg und Umsturz gebracht haben, leisten wird. Frankreich wird trotz seines „Sieges“ als eine in die Zukunft wirkende europäische Macht ausgeschieden sein.

Daran wird auch der gewaltsame, wirtschaftlichen Machtbegehrens entspringende Raub der Steinkohlengruben des Saarbeckens nichts ändern können, die deshalb eine begehrliche Ergänzung des Erzbeckens bilden, weil das verhältnismäßig kohlenarme Frankreich dadurch einen gewaltigen Kraftstoffzuwachs erhielt, noch dazu in unmittelbarer Nachbarschaft des Eisens.

Die Nachwirkungen des Krieges mit ihren jedem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verantwortungsgefühle hohnsprechenden Verträgen haben zwar das Machstreben der „Sieger“ nach Abrundung des eigenen Grenzwirtschaftsgebietes durch Raub der grenznahen auf deutschem Boden erfüllt. Aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß das kein Dauerzustand, sondern im Entwicklungs- lauf des geschichtlichen Geschehens nur ein augenblicklicher Haltezustand ist. Die politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Staaten und Völker sind niemals konstant, sie sind dauerndem Wechsel unterworfen. Die Lage jener Wirtschaftsgebiete aber im natürlichen, völkischen und politischen Grenzsaum läßt uns hoffen, einst auch hier wieder mit deutscher Tatkraft schaffen und wirken zu können, freilich angesichts der geographischen Tatsachen mit dem Bewußtsein, daß sich hier immer wirtschaftliche und politische Gegenkräfte begegnen müssen.



Kriegführung und Politik

Das neueste Werk des Generals Ludendorff über den Weltkrieg

Von Hans Ulrich, Berlin

1. Die Kriegführung



Der dritte Band der Kriegswerke des Generals Ludendorff ist erschienen. Er trägt die bemerkenswerte Überschrift „Kriegführung und Politik“. Sie ist bemerkenswert insofern, als hier zum ersten Male auch rein äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, was seinem ganzen inneren Wesen nach seit langem nichts Neues mehr ist, was aber infolge einer gänzlichen Verkennung der Bedeutung der Kriegführung in Verbindung mit dem Wesen des Krieges selbst bei uns zu gänzlich unklaren Begriffen über die Zusammenhänge von Kriegführung und Politik geführt hat. Der Krieg, in den wir im August 1914 eintraten, war seinem ganzen Wesen nach ein Vernichtungskrieg in des Wortes wahrster Bedeutung. Das hatte Bismarck seit den Feldzügen von 1866 und 1870/71 längst vorausgesehen, seine Nachfolger